



Moderiert von Christiane Nitsche diskutierten (v.l.) Reinhard van Loh, Susanne Biallas, Jens Spahn, Marianne Lübbe und Klaus Overdiek.

Es hakt und knarzt an vielen Stellen im Gesundheitswesen: Immense Bürokratie, Personalmangel und damit einhergehende Überlastung der Pflegekräfte, hinterherhinkende Digitalisierung, Reibungsverluste bei den Überleitungen (beispielsweise vom Krankenhaus in ein Seniorenheim). Reichlich Themen für eine Podiumsdebatte mit Minister und weiteren Expertinnen und Experten.

Dem Bundesgesundheitsminister ist all das bewusst. Die Probleme will Jens Spahn auch nicht weg reden. Doch Schwarzmalerei ist ebenso wenig sein Ding. Die würde beispielsweise die Personalnot nur schlimmer machen: „Auch über schöne Seiten des Pflegeberufs müssen wir öffentlich reden. Unser Ziel muss es sein, den eigenen Kindern guten Gewissens raten zu können, in der Pflege zu arbeiten.“

Spahn nahm am Montag an einer Podiumsdiskussion teil, zu der **Seniorenbeirat der Stadt Gronau** und der **Arbeitskreis „Gronau – gemeinsam für ein besseres Leben im Alter“** eingeladen hatten. Neben dem Minister saßen Klaus Overdiek als Vertretung der Krankenkassen, Marianne Stübbe (Antonius-Hospital), Reinhard van Loh (Bethesda-Seniorenzentrum) und Susanne Biallas (ambulanter Pflegedienst des DRK) auf dem Podium in der Gymnasium-Aula. Im gut gefüllten Saal: Pflegepersonal, Ärzte, Auszubildende – Menschen, die täglich mit den Unzulänglichkeiten des Systems konfrontiert sind.

Alle Beteiligten wünschten sich an den Schnittstellen mehr Geschmeidigkeit. „Bis der Patient oder die Patientin den ersten Kontakt zum Arzt/Ärztin hat, ist der erste Baum

schon tot“, klagte Marianne Stübbe. Warum? Weil die immense Bürokratie Unmengen Papier verschlinge. Die Digitalisierung (Stichwort: elektronische Patientenakte) hinkt hinterher, die Kommunikation mit Krankenkassen läuft weiterhin per Fax.

Aus Sicht von Betroffenen sieht man viele Dinge mit anderen Augen, gab Krankenkassen-Vertreter Overdiek (DAK) zu. Er selbst hatte erst kürzlich die Dienste eines Krankenhauses in Anspruch nehmen müssen. „Der bürokratische Aufwand ist wirklich ein Problem. Da müssen wir besser werden.“ Doch nicht nur da, fand Reinhard van Loh: Er bemängelte, dass sich die Kassen immer stärker aus kleineren Städten wie Gronau zurückziehen. „Dafür telefoniert man dann mit einer Serviceperson in Buxtehude oder Erfurt, die von Tuten und Blasen keine Ahnung hat.“ Der Gronauer Hausarzt Uwe Koch und Christine Gerwing (Pflegeinformationszentrum) sekundierten: „Ich habe kürzlich versucht, einen Mitarbeiter zu erreichen“, so Gerwing. „Nach einer Stunde habe ich aufgegeben.“ Overdiek gab zu bedenken: „Wir stehen unter Wettbewerbsdruck.“ Dennoch wolle er versuchen, das regionale Angebot zu verbessern. Bürgermeisterin Sonja Jürgens, Schirmherrin der Veranstaltung, bot an, Kassen für Sprechstunden Räume im Rathaus zur Verfügung zu stellen.

Für Susanne Biallas haben sich die Probleme verschärft, seit aus Patientenschaft „Kundschaft“ geworden ist und sich die Pflegedienste – von der Gesetzgebung gewollt – den Bedingungen des Marktes stellen müssen. „Menschen, die zu uns kommen, befinden sich in akuter Not“, gab sie zu bedenken.

Van Loh warnte vor einem personellen Kollaps: „Es kann gut sein, dass es in zwei bis drei Jahren nicht mehr gelingt, Fachkräfte zu finden.“ Dabei nahm er Spahn vor Vorwürfen in Schutz: „Sie tun zumindest was“, sagte er in Anspielung auf das erst am Freitag verabschiedete Gesetz

Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals, das spürbare Verbesserungen im Alltag der Pflegekräfte erreichen will. „Auch wenn ich nicht sehe, wie Sie die vorgesehenen 13 000 Stellen besetzen wollen.“ Da müsse wohl ein Zauberhut her . . .

Spahn machte sich inzwischen viele Notizen und gab anschließend Einschätzungen zu den aufgeworfenen Fragen. Bei der Digitalisierung gebe es Fortschritte. Schnittstellen-Offenheit bei der Datenverarbeitung soll es bis 2020/21 geben. Pflegefachkräfte sollen von Betreuungsaufgaben entlastet werden, um sich stärker auf ihre eigentlichen Kompetenzen konzentrieren zu können.

Ein Recht auf aufsuchende Beratung zur ambulanten Pflege gebe es schon, so Spahn. „Das ist offenbar zu wenig bekannt.“ Zudem regte er an, die Antragsverfahren auf Heilmittel in den Fällen abzuschaffen, „bei denen es sowieso eine Genehmigungsquote von 99 Prozent gibt.“ Auch das niederländische Modell der Nachbarschaftssorge („Buurtzorg“) beobachte man genau, so Spahn auf eine Frage aus dem Publikum. „Von den Niederländern können wir oft lernen.“ Ein darauf aufbauendes Pilotprojekt sei in Emsdetten gestartet.

Doch lenkte Spahn den Blick auch auf das schon Erreichte: „Wir haben mittlerweile eine Million Pflegekräfte.“ Dennoch: „Die Größe der Aufgabe steigt, weil wir immer älter werden. Die Probleme sind erst der Anfang.“ Der Bedarf steige schneller als das Angebot. Auch ihm liege daher ein gutes Image der Pflegeberufe am Herzen.

Angesichts dieser Perspektive wirkte das Abschiedswort von Moderatorin Christiane Nitsche ans Publikum äußerst passend: „Bleiben Sie gesund!“